KUVB
Kommunale
Unfallversicherung Bayern

Formblatt
Unterauftragnehmer

1093/2026
Studios für Onlineseminare

Verbindliche Hinweise zur Bearbeitung des Formblatts

Das Formblatt Unterauftragnehmer gliedert sich in 3 Abschnitte:

- *Der Bieter/die Bietergemeinschaft hat die in den grau hinterlegten markierten Bereichen des Abschnitts 1 dieses Formblatts geforderten Angaben und Erklärungen vollständig auszufüllen und die Datei zusammen mit den übrigen Angebotsbestandteilen gemäß den Vorgaben im Verfahrensbrief bis zum Ablauf der Angebotsfrist über das E-Vergabe-Portal zu übermitteln.*
- *Der im Abschnitt 1 benannte Unterauftragnehmer hat den in Abschnitt 2 dieses Formblatts in den grau hinterlegten markierten Bereichen geforderten Angaben und Erklärungen vollständig abzugeben. Hierzu hat der Unterauftragnehmer die grauen Felder in der Datei auszufüllen und die Datei auszudrucken. Anschließend hat der in Abschnitt 1 benannte Unterauftragnehmer die Datei zu unterschreiben. Der ausgefüllte und unterschriebene Abschnitt 2 des Formblatts ist als gescanntes PDF Dokument zusammen mit den übrigen Angebotsbestandteilen gemäß den Vorgaben im Verfahrensbrief bis zum Ablauf der Angebotsfrist über das E-Vergabe-Portal zu übermitteln.*
- *Der im Abschnitt 1 benannte Unterauftragnehmer hat den in Abschnitten 3 dieses Formblatts geforderten Angaben und Erklärungen in Textform gemäß § 126b BGB vollständig abzugeben. Hierzu sind die grauen Felder im Abschnitt 1 in der Datei vollständig auszufüllen und die Datei zusammen mit den übrigen Angebotsbestandteilen gemäß den Vorgaben im Verfahrensbrief bis zum Ablauf der Angebotsfrist über das E-Vergabe-Portal zu übermitteln.*
- *Für jeden Unterauftragnehmer ist ein gesondertes Formblatt zu verwenden.*

Abschnitt 1: Eigenerklärung des Bieters/der Bietergemeinschaft

Name/Firma des Bieters/der Bietergemeinschaft

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne(n) ich/wir den Namen des für die nachfolgend genannten Leistungsbereiche und beschriebenen Teilleistungen vorgesehenen Unterauftragnehmers:

Leistungsbereich (wie im Angebot angegeben)	Beschreibung der Teilleistungen nach Art und Umfang (wie im Angebot angegeben)	Name/Firma des Unterauftragnehmers/Kontaktdaten/gesetzlicher Vertreter

Abschnitt 2: Eigenerklärung des unter Abschnitt 1 dieses Formblatts genannten Unterauftragnehmers

Name/Firma des Bieters

Name/Firma des sich verpflichtenden Unterauftragnehmers

Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter diesem mit den erforderlichen Mitteln meines/unseres Unternehmens für die vom Bieter genannten Teilleistungen zur Verfügung zu stehen.

Ort, Datum Stempel, Unterschrift des sich verpflichtenden Unternehmens

Abschnitt 3: Eigenerklärung des unter Abschnitt 1 dieses Formblatts genannten Unterauftragnehmers

Name/Firma des Unterauftragnehmers *Name/Firma*

1. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1-3 GWB:

Ich/Wir erkläre(n), dass keine Person, deren Verhalten unserem/unserem Unternehmen zuzurechnen[1] ist, rechtskräftig verurteilt, oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist,[2] jeweils wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

[1] Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
[2] Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

- den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

2. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 4 GWB:

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meiner/unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung nachgekommen bin/sind.

3. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 Nrn. 1- 4, 7 und 8 GWB:

Ich/Wir erkläre(n), dass

- weder mein/unser Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat/haben,
- mein/unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, und sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- weder mein/unser Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität meines/unsere Unternehmens infrage gestellt wird,
- weder mein/unser Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, eine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass mein/unser Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als der Ausschluss des Unternehmens beseitigt werden kann,
- mein/unser Unternehmen nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat/haben und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- mein/unser Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.

4. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes , §19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes:

Ich/Wir erkläre(n), dass in den vergangenen 3 Jahren

- weder mein/unser Unternehmen noch Angehörige meines/unseres Unternehmens im Zusammenhang mit der Tätigkeit für das Unternehmen nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) wegen eines Verstoßes nach 23 AEntG in den vergangenen 3 Jahren mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 €,
- weder mein/unser Unternehmen noch die nach Satzung oder Gesetz vorgesehenen Vertretungsberechtigten meines/unseres Unternehmens nach einer der in § 98c Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) aufgeführten Regelungen in den vergangenen 3 Jahren mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2.500 €,
- weder mein/unser Unternehmen noch Angehörige meines/unseres Unternehmens im Zusammenhang mit der Tätigkeit für das Unternehmen nach § 19 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG in den vergangenen 3 Jahren mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 €, oder
- weder mein/unser Unternehmen noch die nach Satzung oder Gesetz vorgesehenen Vertretungsberechtigten meines/unseres Unternehmens nach einer der in § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) aufgeführten Regelungen in den vergangenen 3 Jahren mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2.500 €

belegt worden sind. Straf- oder Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen die vorgenannten Gesetze sind gegen einen der vorgenannten Personen sind nicht anhängig.

Ort, Datum

Ort, Datum

Name/Firma des Unterauftragnehmers

Name/Firma des Unterauftragnehmers